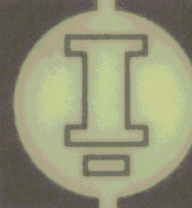


61

Gemeinde Hatten

2. vereinfachte Änderung



instara



00

6501

[illegible]

2730 19

| | | |
|-----|-----------------------------|------------------|
| 1.5 | gez. Hinrichs (Hinrichs) | Gemeindevizektor |
| 1.5 | gez. Hinrichs (Hinrichs) | Gemeindevizektor |

Hatten, den 27. 10. 1987

perhaps

[illegible]

| | |
|-----------------------|--|
| 3 Ausarbeitung | Der Entwurf der 2. veränderten Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 wurde im Auftrage der Gemeindefrauen ausgearbeitet von |
| 7 Inkrafttreten | Mit der Bekanntmachung im Anhang für den Bebauungsplan Nr. 19 wird die 2. veränderte Änderung des Bebauungsplans |
| Unterschiedsprotokoll | |
| 1. Vorsitz. Direktor | |
| 2. Vorsitz. Direktor | |

instara

Welter by ECU 2000 Bremen Flut 00.40 / 40

Bremen, den 09.06.1987 / 31.08.1987

gez. Frölich

L.5.

gez. Hinrichs
(Hinrichs)

tsbe

Der Rat der Gemeinde Hatten hat in seiner Sitzung am 27.10.1987 dem Entwurf der 2. veränderten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 nebst Begründung zugestimmt.

Hatten, den 27.10.1987

Diese Ausrüstung der Planzeichnung stimmt mit der Urschrift überein.

27.10.1



Textilliche Festsetzungen

- (.) GGR, - und GGR, - gebiete
- 1.1 Innerhalb der GGR, - gebiete sind nur Betriebe bzw. Betriebsstellen zulässig, die nicht wesentlich störend sind.
- 1.2 Innerhalb der GGR, - gebiete sind nur Betriebe bzw. Betriebsstellen zulässig, deren Emissionen nicht wesentlich störend sind.

2.) Nebenanlagen

überbaubaren Grundstücksflächen (Punktraster) sind Nebenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 BauNVO unzulässig.

3.) Abweichende Bauweise (a)

4.1. Der in der Planzeichnung festgesetzte Baumbestand ist gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 25 b BaugB zu erhalten.

4.2 Im Rahmen der zulässig überbaubaren Grundstücke

wird.
zu errichtenden baulichen Anlagen zwingend erforderlich
bemesst werden hat, in der Höhe festzulegen, als dies durch die
Die Prüfung erfolgt im Einzelfall im Rahmen des jewei-
ligen Baugenehmigungsverfahrens (§ 31 Abs. 1 BaugB).

5.) Pflanzgebot

Barbaren und Sklavenhändler sind gemäß § 9 (1) Ziffer 27 a Bundesbesitzungsmaßnahmen mit menschenrechtsgerechten und landwirtschaftstypischen Landgeheimnissen vorzunehmen.

